

Etappen der Parteigeschichte der AfD

Gründung als eurokritische Partei

5 Mit der 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Partei am rechten Rand des Parteiensystems etablieren können. Entstehungshintergrund war die in Folge der internationalen Finanzkrise ab 2010 ausbrechende Krise der Europäischen Währungsunion, deren Management durch die EU und ihre Mitgliedstaaten die AfD als grundsätzlich falsch ansah. Politikwissenschaftler apostrophierten die AfD in ihrer Gründungs- und Aufbauphase als liberal-konservativ ausgerichtete "eurokritische", aber noch nicht als rechtspopulistische Partei.

10 Die Vorgeschichte der AfD lässt sich bis zum Maastrichter Vertrag von 1992 zurückverfolgen, mit dem die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung beschlossen wurde. Es wurde die Partei "Bund Freier Bürger" gegründet. Dessen Verknüpfung konservativer und liberaler Elemente, die an das Erfolgsrezept der österreichischen FPÖ erinnerte, wurde von der AfD zwanzig Jahre später in ähnlicher Form übernommen.

15 Den unmittelbaren Entstehungsanlass der neuen Partei kann man zeitlich exakt auf dem 25. März 2010 datieren. An diesem Tag stimmte Bundeskanzlerin Angela Merkel direkten Finanzhilfen an die Griechen auf EU-Gipfel zu. Merkels Rechtfertigung ihrer Entscheidung als "alternativlos" wurde zum geflügelten Wort und Aufhänger für die Namensgebung der Wahlalternative und AfD.

20 Eine Schlüsselrolle im Gründungsprozess spielte der Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der neben einer Reihe von Unions- und FDP-Politikern (Hans-Olaf Henkel, Beatrix von Storch, ...) auch den späteren Protagonisten der AfD angehörte. Der entscheidende Schritt zur Parteigründung erfolgte mit der von Lucke, Konrad Adam und Alexander Gauland lancierten "Wahlalternative 2013".

Auf dem Berliner "Gründungsparteitag" am 13. April 2013 wurden Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry zu gleichberechtigten Sprechern des AfD-Parteivorstandes gewählt. Dank ihrer guten finanziellen Ausstattung, die sie auch den Beziehungen zur mittelständischen Wirtschaft verdankte, gelang der AfD ein schneller Organisationsaufbau, die Partei zählte zu dieser Zeit rund 10.000 Mitglieder.

25 Verfehlter Einzug in den Bundestag 2013

Bei der Bundestagswahl 2013 und der am selben Tag in Hessen stattfindenden Landtagswahl verfehlte die AfD den Einzug in die Parlamente nur knapp. Umso größer war ihr Triumph bei der Europawahl im Mai 2014, als sie 7,1 Prozent der Stimmen erreichte. Auch bei den zeitgleich mit der Europawahl in zehn Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen zogen viele AfD-Kandidaten in die Gemeindevertretungen und Stadträte ein. Die Bundestagswahl- und Europawahlkampagnen der AfD standen ganz im Zeichen ihrer Kernforderung - einer kontrollierten Auflösung der Währungsunion.

Hinwendung zu rechtspopulistischen und migrationskritischen Forderungen

35 Dass die Zuwanderungsfrage der eigentliche Nährboden für eine rechtspopulistische Partei sein würde, hatte sich in der Bundesrepublik bereits 2010 mit der sogenannten Sarrazin-Debatte angedeutet. Je mehr sich die öffentliche Diskussion vom Euro wegbewegte, umso stärker trat die Migrationskritik als neues Kernthema der AfD hervor und umso mehr verschoben sich die innerparteilichen Gewichte vom Wirtschaftsliberalismus zum Nationalkonservatismus. Begünstigt wurde der Rechtsruck durch die erfolgreich verlaufenen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Spätsommer 2014. Ein vom Anführer des rechtsnationalen Flügels, dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, initiiertes Papier ("Erfurter Resolution") stellte den gemäßigten Kurs der Parteispitze offen in Frage.

Spätestens Anfang 2015 zeichnete sich die Spaltung der AfD ab. Bis Ende August verließ rund ein Fünftel der mittlerweile 21.000 Mitglieder die Partei, darunter neben Lucke selbst mit Henkel, Ulrike Trebesius, Bernd Kölmel und Joachim Starbatty die meisten Protagonisten des wirtschaftsliberalen Flügels.

45 Erst die ab September 2015 einsetzende Flüchtlingskrise, die Alexander Gauland in einer ebenso ehrlichen wie entlarvenden Äußerung als "Geschenk" für seine Partei bezeichnete, sollte die Wende bringen. Islamistische Terroranschläge, die nach Paris, Brüssel und Nizza im Dezember 2016 auch die deutsche Hauptstadt Berlin

erreichten, und die Übergriffe überwiegend maghrebischer Migranten auf Frauen am Silvesterabend 2015/2016 in Köln spielten ihr dabei in die Hände. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016 lag die AfD mit 15,1 bzw. 12,6 Prozent erstmals auch im Westen zweistellig, in Sachsen-Anhalt erreichte sie mit 24,3 Prozent das bisher beste Ergebnis einer rechtspopulistischen oder -extremistischen Partei.

2016 kam es zum Erstarren des national-konservativen Flügels, dessen Vertreter nicht nur für eine Zusammenarbeit mit der als islam- und fremdenfeindlich eingestuften Pegida-Bewegung eintraten, sondern zum Teil auch offene Kontakte zum NPD-Umfeld der Neuen Rechten pflegten.

Bei den Landtagswahlen im Saarland (März 2017) sowie in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Mai 2017) konnte die AfD erneut ungefährdet in die Landtage einziehen. Mit ihrem eigenmächtigen Führungsstil brachte Frauke Petry so viele Parteifreunde gegen sich auf, dass sie ihre Ambitionen auf einen der beiden Spitzenkandidatenplätze für die Bundestagswahl begraben musste. Neben Alexander Gauland wurde vom Kölner Wahlparteitag an ihrer Stelle Alice Weidel gewählt, die nach der Bundestagswahl zusammen mit Gauland den Fraktionsvorsitz übernahm.

60 Einzug in den Bundestag

Nach den Auseinandersetzungen und Dämpfern des Frühjahrs überraschend war 2017 das mit 12,6 Prozent deutlich zweistellige Resultat bei der Bundestagswahl. Die AfD landete damit als größte der kleinen Parteien vor FDP, Linken und Grünen und gewann 94 Mandate. Nach der Wiederauflage der Koalition von Union und SPD führte sie formal die Opposition im Bundestag an. Als AfD-Kandidatin errang Petry in Sachsen eines von drei Direktmandaten der Partei. Nach der Wahl erklärte sie ihren Austritt aus Fraktion und Partei und kündigte die Gründung der "blauen Partei" an.

Erstarken rechtsextremer Kräfte

Im Herbst 2018 schaffte die AfD auch den Einzug in die beiden noch verbliebenen Landtage in Bayern und Hessen. Es ließ sich aber der tiefe innerparteiliche Riss, den das Erstarken der rechtsextremen Kräfte erzeugt, spätestens ab 2019 nicht mehr kitten. Nachdem Meuthen sich mit dem von Höcke und dem Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz angeführten "Flügel" (dem organisatorischen Netzwerk der völkisch-nationalistischen Strömung in der AfD) lange Zeit arrangiert hatte, nahm er die vom Verfassungsschutz im März 2020 veröffentlichte Einstufung des Flügels als „gesichert rechtsextremistisch“ zum Anlass, dessen formale Auflösung zu betreiben.

Im Februar 2022 erklärte Meuthen den Austritt aus der Partei. Mit dem Abgang des wichtigsten Exponenten des gemäßigeren Lagers gewannen die radikalen Kräfte endgültig die Oberhand - sie stellen seit dem Bundesparteitag in Riesa etwa 60 Prozent der Delegierten und zwei Drittel der Vorstandsmitglieder. Die Entwicklung von einer überwiegend rechtspopulistischen zu einer überwiegend rechtsextremen Partei haben durch die Verfassungsschutzbehörden inzwischen ihr amtliches Siegel erhalten, die die AfD heute in elf der 16 Bundesländer beobachten.

80 Machtstrategische Isolation im Parteiensystem

Neben den personellen und Richtungsstreitigkeiten offenbarten die Rechtspopulisten in ihrer Oppositionsrolle ein hohes Maß an inhaltlicher Orientierungslosigkeit. Es gibt diffuse Anti-Haltungen beim Klimaschutz und noch eklatanter zeigte sich diese Schwäche während der Coronakrise, wo Teile der Partei sich im weiteren Verlauf unverhohlen an die Seite der Corona-Leugner stellten. Das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2021 fiel gemessen daran mit 10,3 Prozent noch einigermaßen glimpflich aus. Es beruhte vor allem auf dem guten Abschneiden in Ostdeutschland, wo die AfD im Vergleich zu 2017 nur geringfügige Verluste zu beklagen hatte, während sie im Westen etwa ein Viertel ihrer vormaligen Wählerschaft verlor. Durch den Wechsel von der Großen zur Ampelkoalition büßte die AfD 2021 zugleich die symbolträchtige Rolle als stärkste Oppositionspartei ein, die ihr bis dahin im Bundestag besondere Aufmerksamkeit gesichert hatte.

90 Auch machtstrategisch bewegte sich die Partei infolge ihrer Radikalisierung zunehmend in eine Sackgasse. Der Abwärtstrend setzte sich bei den Wahlen 2022 zunächst fort, bevor die Energiepreiskrise ab Mitte des Jahres für eine neuerliche Trendwende sorgte und die Partei in den Umfragen und Wahlergebnissen wieder nach vorne brachte.